

fter Murphy

er Obama und Fußball,
und Politik Seiten 24/25

Ikonen im globalen Dorf

Das Frankfurter Ingenieurbüro Bollinger
und Grohmann baut weltweit Seiten 34/35



urter Rundschau

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Samstag, 15. Juni 2013 | 69. Jahrgang | Nr. 136 | D | D 2987 | 2,20 Euro



TÜRKEI

Erdogan geht auf Demonstranten zu

Vertreter der Protestbewegung haben erklärt, Türkeis Premier Recep Erdogan habe zugesagt, die umstrittenen Pläne für eine Bebauung des Taksim-Platzes ruhen zu lassen. Seiten 8, 12

GENTECHNIK

Gegner gehen nicht in Polizei-Falle

Mit einem präparierten Feld hat die Polizei in Sachsen-Anhalt versucht, Zerstörer von Gen-Äckern zu fassen. Doch die Falle schnappte nicht zu. Seite 15

EINTRACHT

Stopper Anderson unters Messer

Im Urlaub hat sich Eintracht-Verteidiger Bamba Anderson in Brasilien einer Knie-Operation unterziehen müssen. Unterdessen geht das Tauziehen um Vaclav Kadlec weiter. Seite 28

HOCHWASSER

Höhere Schulden für Fluthilfe

Die SPD fordert von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ein Konzept zur Gegenfinanzierung des acht Milliarden schweren Fluthilfepakets. Seiten 15, 47

keten reagieren müsse.

Kosten auf alle umlegen

Um die zusätzlichen Risiken für die Versicherer zu finanzieren, könnten die Kosten auf alle Versicherten umgelegt werden, ähnlich wie bei der Haftpflichtversicherung. In Frankreich, Spanien oder Dänemark gebe es bereits eine ähnliche Versicherungspflicht.

Das DIW kommt in einer ausführlichen Studie, die es am Freitag präsentierte, zu dem gleichen Ergebnis: Eine Versicherungspflicht gegen Naturkatastrophen schaffe gleich zweifach mehr Sicherheit, argumentieren die Forscher. Denn zum einen würden dadurch in der Bevölkerung Anreize für mehr Schadensvermei-



Nur noch Sperrmüll.

DPA

chen Eigenheims im Wert von 300 000 Euro in einer günstigen Risikozone nicht mehr als 153 Euro pro Jahr für seinen Versicherungsschutz zahlen müsste, bei einem Selbstbehalt von 1 500 Euro im Schadensfall. In der ungünstigsten Risikozone würde die Versicherung entsprechend 525 pro Jahr kosten, bei 15 000 Euro Selbstbehalt.

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft indes sieht es anders: Er befürchtet im Gegenteil, dass jeglicher Anreiz für bauliche Schutzmaßnahmen durch eine Pflichtversicherung verloren ginge. Zudem sei es ungerecht, dass alle, die weit weg vom Fluss wohnen, für jene bezahlen müssten, die Fluss- oder Seeblick hätten. Kommentar

lichen Krankenversicherung kommt die Koalition entgegen, indem der Strafzins auf zwölf Prozent pro Jahr sinkt. Bislang werden auf ausstehende Zahlungen Zinsen in Höhe von fünf Prozent pro Monat und damit 60 Prozent im Jahr fällig. Diese noch von der alten Regierung eingeführten „Wucherzinsen“ hätten viele Menschen in einen Teufelskreis gebracht, sagte Gesundheitsminister Daniel Bahr.

Die Neuregelungen betreffen auch die rund 130 000 Personen, die trotz Versicherungspflicht noch immer keiner Krankenkasse angehören. Für sie sollen die bei einem nachträglichen Eintritt seit 2007 eigentlich fälligen Nachzahlungen und Säumniszuschläge entfallen. Reuters

Seltsame Falle für Gentechnik-Gegner

„Präpariertes Versuchsfeld“ in Sachsen-Anhalt soll gar kein Versuchsfeld gewesen sein / Vorwürfe der Grünen

Von Pitt von Bebenburg

Mit einem präparierten Feld hat die Polizei in Sachsen-Anhalt versucht, Zerstörer von Gentechnik-Äckern zu fassen. Doch die Falle schnappte nicht zu. Wie sich herausstellte, eignete sich das Feld nicht recht als Feindbild für die „Feldbefreier“.

Es war nach Angaben des Magdeburger Innenministers Holger Stahlknecht (CDU) gar nicht als Gentechnik-Versuchsfeld in das einschlägige Register eingetragen worden. Auch seien dort keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut worden, antwortete Stahlknecht auf eine Anfrage der Grünen-Landtagsabgeordneten Dorothea Fre-

derking und Sebastian Striegel. Frederking sagte der FR, sie finde die Auskunft des Innenministers ungläubwürdig. „Wenn es eine Falle sein sollte, dann hätte sie so aussehen müssen, dass sie auch hätte wirken können“, sagte die Grünen-Politikerin. Die Antwort des Ministers wirke auf sie so, „als wolle man etwas vertuschen“, fügte Frederking hinzu.

Mit Hilfe von „kriminaltechnischen Fallen“ hatte die Polizei nach eigenen Angaben Tätern auf die Spur kommen wollen, die im Juli in Uplingen (Sachsen-Anhalt) ein Gentechnik-Feld zerstört hatten. Dabei hatten sie Wachleute bedroht und ihnen das Wachbuch, Funkgeräte und Schlüssel abgenommen. Die

Staatsanwaltschaft Magdeburg ermittelte wegen schweren Raubs. Sie verdächtigte zwei Gentechnik-Gegner und hörte deren Telefone ab. Dabei belauschte sie auch Gespräche mit einem Abgeordneten-Büro, mit Anwälten und Journalisten, und anderem der FR. Die Verdächtigen stellten sich als nicht schuldig heraus, die Ermittlungen wurden Ende 2012 eingestellt.

Fallen wurden zurückgebaut

In den Akten des Ermittlungsverfahrens fand einer der Beschuldigten die überraschende Nachricht von der Falle, die das Landeskriminalamt (LKA) angelegt hatte. Im sachsen-anhaltinischen

Gatersleben sei „ein präpariertes Versuchsfeld angelegt“ worden, schrieb das LKA im Oktober 2012 an die Ermittler. Es habe sich „die realistische Chance eines Angriffs auf das präparierte Feld“ geboten. Inzwischen sei es aber „abgeräumt und die Fallen ohne Erfolg zurückgebaut“, teilten die Polizisten mit.

Die Grünen fragten im Magdeburger Landtag nach. Innenminister Stahlknecht antwortete, die Gentechnik-Forscher vom Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben hätten das „Dummy-Feld“ auf Vorschlag des LKA, aber auf eigene Kosten angelegt. „Bei der in Rede stehenden Fläche handelte es

sich nicht um ein Gentechnik-Versuchsfeld“, beteuerte der Minister. Das Feld sei weder in das Standortregister für Freisetzen von gentechnisch veränderten Organismen eingetragen noch seien gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut worden. Wie es dann als Falle hätte funktionieren sollen, erklärte der Minister nicht. Die Grünen-Abgeordnete Frederking mutmaßt deshalb, dass in Wahrheit doch das Gentechnik-Feld in Gatersleben mit Kriminaltechnik zur Falle umgebaut wurde. „Das will man nicht mehr zugeben. Denn das würde bedeuten, dass man mit der Risikotechnik genveränderter Organismen Kriminalistik gemacht hat“, schließt sie daraus.